

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag bei C. W. Meyer'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 53

Neuenbürg, Montag, den 3. März 1924.

82. Jahrgang.

**Bezugspreis:**  
Halbjährlich 30 Mark, jährlich 60 Mark. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsbezirk, sowie im sonstigen inländ. Verkehr 50 Mark, fernw. 60 Mark. Bei Vorbestellung im Voraus 10 Mark. Bei Abnahme von 10 Exemplaren 20 Mark. Bei Abnahme von 50 Exemplaren 50 Mark. Bei Abnahme von 100 Exemplaren 100 Mark. Bei Abnahme von 200 Exemplaren 200 Mark. Bei Abnahme von 500 Exemplaren 500 Mark. Bei Abnahme von 1000 Exemplaren 1000 Mark. Bei Abnahme von 2000 Exemplaren 2000 Mark. Bei Abnahme von 5000 Exemplaren 5000 Mark. Bei Abnahme von 10000 Exemplaren 10000 Mark. Bei Abnahme von 20000 Exemplaren 20000 Mark. Bei Abnahme von 50000 Exemplaren 50000 Mark. Bei Abnahme von 100000 Exemplaren 100000 Mark. Bei Abnahme von 200000 Exemplaren 200000 Mark. Bei Abnahme von 500000 Exemplaren 500000 Mark. Bei Abnahme von 1000000 Exemplaren 1000000 Mark.

**Magazinpreis:**  
Die enztäler Zeitung ist ein halbes Jahr im Voraus zu beziehen. Der Preis beträgt 30 Mark. Bei Abnahme von 10 Exemplaren 30 Mark. Bei Abnahme von 50 Exemplaren 150 Mark. Bei Abnahme von 100 Exemplaren 300 Mark. Bei Abnahme von 200 Exemplaren 600 Mark. Bei Abnahme von 500 Exemplaren 1500 Mark. Bei Abnahme von 1000 Exemplaren 3000 Mark. Bei Abnahme von 2000 Exemplaren 6000 Mark. Bei Abnahme von 5000 Exemplaren 15000 Mark. Bei Abnahme von 10000 Exemplaren 30000 Mark. Bei Abnahme von 20000 Exemplaren 60000 Mark. Bei Abnahme von 50000 Exemplaren 150000 Mark. Bei Abnahme von 100000 Exemplaren 300000 Mark. Bei Abnahme von 200000 Exemplaren 600000 Mark. Bei Abnahme von 500000 Exemplaren 1500000 Mark. Bei Abnahme von 1000000 Exemplaren 3000000 Mark.

## Deutschland.

**Stuttgart, 1. März.** Die 10. Landeskirchenversammlung hat im weiteren Verlauf der Freitagssitzung den Entwurf eines kirchlichen Gesetzes betr. die Kirchengemeinden und eines kirchlichen Gesetzes betr. die Umzugskostenleistungen der Kirchengemeinden in 1. und 2. Lesung angenommen.

**Stuttgart, 1. März.** Von besonderer Seite wird dem Deutschen Volkblatt geschrieben: Den Eltern der Kinder, denen vom Ministerium des Reichs und Schulwesens trotz ihrer anerkennenden, zum Teil ausgezeichneten Tätigkeit der Uebertritt in die höhere Schule auf 1. Mai verweigert worden ist, diese zur Nachricht, daß die letzte Entscheidung, der sich eventuell auch das Ministerium zu fügen haben wird, beim Plenum des Reichstags liegt. Sie mögen sich solange gedulden und überzeugt sein, daß es ihnen an Fürsorge ihrer gerechten Sache nicht fehlen wird.

**Karlsruhe, 1. März.** Der Reichspräsident ist in Begleitung des Reichswehrministers Dr. Gessler, des bairischen Oberpräsidenten in Berlin, Dr. Kiser, und des Staatssekretärs Dr. Krieger heute vormittag zum Besuch des bairischen Staatsministeriums hier eingetroffen. Im Laufe des Vormittags fanden Besprechungen mit dem bairischen Staatsminister über die allgemeine Lage statt. Um 2 Uhr reiste der Reichspräsident mit den bairischen Ministern nach Mannheim zur Teilnahme an den dort stattfindenden Besprechungen mit den Vertretern der bairischen Bevölkerung und der am Abend stattfindenden Volkskundgebung.

**Leimertshausen bei Gernersheim, 2. Febr.** In der Nacht auf 2. Februar wurde ein maroccanischer Soldat der Rheinwache erschossen. Die Wache gab zunächst an, der Mord sei von einer Zivilperson verübt worden; die von der französischen Gendarmerie angeordnete Untersuchung ergab jedoch, daß der Maroccaner verächtlich von seinen eigenen Kameraden erschossen wurde, die ein Attentat auf den kontrollierenden französischen Sergeanten beabsichtigt hatten aus Rache dafür, daß dieser einige Maroccaner wegen Verletzung der weiblichen Privatbesitzerin und der Kinder Mißhandlung zur Anzeige gebracht hatte.

**Essen, 1. März.** Der Reichsverband hat den am 15. Februar gefällten Schiedsvertrag über die Gehalts- und Arbeitszeitfragen der Bergbauangestellten des Ruhrreviers abgelehnt, den die Arbeitgeberverbände trotz ernster Bedenken angenommen hatten.

**Berlin, 1. März.** Western begann eine Besprechung der Finanzminister aller deutschen Länder. Sie beschäftigte sich in erster Linie mit der Rückwirkung der dritten Steuernachordnung auf die Finanzen der einzelnen Länder. Das Reichsfinanzministerium ist zu den Verhandlungen nicht eingeladen. Der Reichsfinanzminister Jarres hat zur Kontrolle der Waffenausfuhr aus dem Waffenindustriegebiet Südt. Jella, Reichs einen Waffenkommissar eingesetzt und hierzu den Polizeimajor Salfer in Südt. ernannt. Ein druckfähiger Gesetzentwurf sieht die Herabsetzung der Abgeordnetenmandate von 421 auf 210, die der Staatsräthe von 77 auf 38 vor.

**Leoben, 1. März.** Nach einer Meldung des „Oberösterreichischen Kuriers“ hat der Austritt des polnischen Bundes der Unabhängigen wegen der Verhaftung von 70 Polen in Olmütz die Wirkung gehabt, daß deutsche Reisende, die sich auf der Fahrt von Hindenburg nach Kattowitz befanden, von polnischen Banditen im Zuge belästigt und mißhandelt wurden. Auch diensttunende deutsche Eisenbahner erlitten diesen Mißhandlungen, die die polnische Polizei nicht verhinderte.

### Eine Rede des Staatspräsidenten.

**Stuttgart, 1. März.** In der Hauptversammlung der Deutschen demokratischen Partei Stuttgarts erhaltete Staatspräsident Dr. Brüder einen politischen Bericht über das vergangene Jahr. Er befaßte sich insbesondere mit dem Kampfe, der außenpolitisch dem Jahre 1923 das Gepräge gab. Dieser Kampf werde in der Geschichte immer denkbar sein. Er habe die moralische Forderung Frankreichs wesentlich gefördert und seine innere Erneuerung durch die Erfüllung seiner Wahrung und Wirtschaft begünstigt. Diese Entwicklung dürfe nicht durch ein deutsches Renouveau-Beschrei durchkreuzt werden. England und Italien gegenüber habe sich die außenpolitische Lage gebessert. Gegen Rußland sei erste Vorhut gehoben. Der Kriegsschuldfrage müsse von Reichs wegen energisch auf den Leib gegangen werden. Bezüglich der inneren Politik und des Personalabbaus betonte der Redner, daß sowohl menschlich wie sachlich mit größter Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit zu Werke gegangen werde, insbesondere auf dem Gebiete des Schulwesens. Alle Forderungen an das Reich ließen sich im Rahmen der Weimarer Verfassung erfüllen. Bezüglich der Aufwertung dürfe man sich nicht allein nach der Wirtschaft richten, sondern auch nach der Billigkeit und dem Recht.

### Rein Geheim-Abkommen zwischen Bayern und dem Reich.

Bekanntlich sind vor einigen Wochen der bayerische Ministerpräsident Dr. von Künzing und Reichskanzler Dr. Marx in Bonnburg b. d. Höhe zusammengetroffen. Nun ist in einem großen Teil der Presse behauptet worden, Ministerpräsident Künzing und Reichskanzler Marx hätten ein Geheimabkommen getroffen, das dann die Grundlage für die Ausdehnung und den Frieden zwischen München und Berlin gebildet hat. Aus das Abkommen ist nicht veröffentlicht worden, daß feinerlei Geheim- oder sonstiges Abkommen zwischen diesen beiden Staatsmännern getroffen worden ist, sondern daß es sich lediglich einmal rein persönlich ausgesprochen haben, wobei es vor allem dem bayerischen Ministerpräsidenten darum zu tun war, die Auffassung des Reichskanzlers zu dem ganzen Komplex kennen zu lernen. Vereinbarungen, Abmachungen oder gar ein Abkommen sind durchaus nicht getroffen worden.

### Sinnlos damit!

Die jährlichen Gesamtkosten für die Interalliierte Militär-

## Kontrollkommission betragen unter Zugrundelegung der Ausgaben des Reichs für Dezember 1923 11,6 Millionen, während der Etat des Deutschen Reiches 1924-25 für kulturelle Zwecke 20 Millionen vorsieht. Die 200 Offiziere nebst Unterpersonal kosteten im Dezember v. J., in dem keine Kommissarität stattfand, 1.215.450 Goldmark, die Gehälter sämtlicher 3797 Offiziere des Reichsheeres dagegen nur 685.500 Mark. Ein deutscher Minister wäre nach seinem Renouveau-Gehalt zwischen einem Feldwebel und einem Leutnant der Kommissarität einzureichen. Die Unterhaltung der 100 Kommissare kosteten im Dezember 100.000 Mark. Da keine Kontrollinspektion angeführt wurden, müssen die Kraftwagen für Reisen, Fahrten benutzt werden sein. Im Interesse der deutschen Würde, der deutschen Finanzlage und der Wohnungsnot ist die sofortige Abberufung sämtlicher Kontrollkommissionen, deren Fortbestand rechtsmäßig ist, dringend erforderlich. Deshalb: Hinans damit!

### Die Kriegsschuldfrage und Stresemanns Reichstagsrede.

Der Abg. der D. Frhr. von Reuter veröffentlicht folgende Erklärung: Außenminister Dr. Stresemann hat in seiner Programmirrede am Donnerstag wider Erwarten die Kriegsschuldfrage mit seinem Wort erwähnt, trotzdem der französische Präsident Millerand dem neuen deutschen Botschafter bei seinem offiziellen Empfang die Schuld Deutschlands am Kriege amtlich vorgehalten hat. Ich habe den Herrn Minister Dr. Stresemann im Auswärtigen Amt und schriftlich aufgefordert, diese Äußerung des französischen Präsidenten, die eine neue Festlegung der deutschen Schuld am Kriege bedeutet, neben einem scharfen Protest mit dem entscheidenden amtlichen Schritt in der Kriegsschuldfrage zu beantworten. Das deutsche Volk hofft auf diese Tat seit Jahren. Wenn der Herr Außenminister diesen amtlichen Schritt zur Aufklärung der Kriegsschuldfrage, der nach meiner Ansicht jetzt getan werden muß, nicht tun sollte, werde ich gezwungen, die Stellung der Vertrauensfrage gegen das Vertrauensvotum zu stimmen. ges. Frhr. von Reuter, R. d. R.

### Wirkungen der Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes.

Wie die Blätter mitteilen, hat der preussische Minister des Innern, Seeverg, an die Ober- und Regierungspräsidenten die Verordnungen und die Ortspolizeibehörden eine Verfügung zur Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes erlassen. In der Verfügung heißt es: Durch das Aufheben der Verordnungen der Militärbehörden ist auch das vom Ober der Gegendregierung erlassene Verbot der kommunistischen Partei beseitigt worden. Dagegen sind die von dem Minister Seeverg schon vor Verkündung des Ausnahmezustandes verfürgten Verbote der proletarischen Hundertschaften, des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte und des Zentralausschusses der Großberliner Betriebsräte in Geltung zu bleiben. Das Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei wird nur soweit aufrechterhalten, als es sich auf die als militärische Kampforganisationen zu betrachtenden deutsch-völkischen Turner- und Hundertschaften, sowie irgendwelche sonstigen Organisations dieser Art bezieht.

### Der Hitler-Prozess.

**München, 1. März.** Am heutigen 5. Verhandlungstag trat das Gericht in die Vernehmung des Angeklagten Hauptmann a. D. Hitler ein. Der Angeklagte hatte den ganzen Feldzug mitgemacht und war auch bei dem Untertun gegen die unabhängigen Kommunisten im Aufgebote beteiligt. Hitler schied weiter eingehend seine Einstellung vor und nach der Revolution. Das furchtbare sei für ihn die Nachricht von der Verhaftung des Generals Ludendorff gewesen, von dessen warmer Teilnahme an den Truppen er sich hatte überzeugen können. Er erachte sich auch heute noch an seinen Eid gebunden, den er seinem königlichen Herrn gegeben habe. Hitler erzählt dann von seinen erfolgreichen Kämpfen gegen den Soldatenrat und der Beteiligung an der Vertreibung Münchens von der Arbeitermacht. In der Einmündung habe er besonders mit Oberleutnant Kriebel zusammengearbeitet. Dabei sei er zum Teil in so exponierte Lagen gekommen, daß ihn das Reichswehrministerium von General Epp trennte. Im Januar 1923 fand seine Trennung von Dr. Wittinger statt. Im Jahre 1923 habe er sich mit Hauptmann Döhl in Verbindung gesetzt, um in München eine Ortsgruppe der „Reichslage“ zu gründen. Im Herbst habe er dann endgültig seinen Abschied genommen. Dann habe er in den ersten Oktobertagen die „Reichslage“ gegründet, die als rein militärischer Verband auf rein militärischer Grundlage aufgestellt war. An den entscheidenden Besprechungen mit Hitler und Kriebel habe er nie teilgenommen. Der Angeklagte schildert dann die Ereignisse des 8. November, wobei er bemerkt, bei der Veranstaltung der „Reichslage“ im Löwenbräueller habe er die Mitteilung von der Ausrufung der neuen Regierung erhalten. Darauf sei er mit dem Verband vom Löwenbräueller abmarschiert und dann zum Wehrkreiskommando gegangen. Die Verurteilung mit Koffow eine Verbindung zu erhalten, waren vergeblich. Eine offizielle Nachricht, daß Reichswehr im Anmarsch sei habe er erst zu einem viel späteren Termin bekommen. Die Verteilung des Wehrkreismandats sei von ihm angeordnet worden, als das Einrücken der Lanke gemeldet wurde. Die weiteren Schilderungen des Angeklagten beziehen sich auf die schließliche Installation des Wehrkreismandats vor den Reichswehrministern. Auf Verlangen des Vorsitzenden erklärte der Angeklagte, daß er an den vorbereitenden Besprechungen wegen der Ausrufung der Nationalregierung am 7. November nicht teilgenommen hätte. Weiter stellte der Angeklagte fest, daß er den Befehl gegeben habe, daß auf die Reichswehr nicht geschossen werden dürfe. Auf Verlangen des Vorsitzenden führte der Angeklagte aus, er hätte von den Verhandlungen den Eindruck gehabt, daß zwischen Hitler und Koffow volle Übereinstimmung bestehe. Als am 9. November, vormittags, gefest wurde, Koffow und die Reichswehr seien gegen uns, habe er erklärt,

## Das Wehrkreiskommando.

Das Wehrkreiskommando ist ein militärisches Kommando, das für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Bekämpfung von Unruhen zuständig ist. Es besteht aus Offizieren und Mannschaften der Reichswehr. Das Kommando wird durch den Reichspräsidenten ernannt und kann von ihm auch wieder abberufen werden. Die Befugnisse des Kommandos sind in der Reichsverfassung festgelegt.

## Die Wehrkreismandatsfrage.

Die Wehrkreismandatsfrage ist eine der wichtigsten Fragen der deutschen Politik. Sie betrifft die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Bekämpfung von Unruhen. Die Mandatsfrage ist eine Frage der inneren Sicherheit und der Stabilität des Reiches. Sie ist eine Frage der Verantwortung der Regierung gegenüber dem Volk.

## Die Wehrkreismandatsfrage.

Die Wehrkreismandatsfrage ist eine der wichtigsten Fragen der deutschen Politik. Sie betrifft die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Bekämpfung von Unruhen. Die Mandatsfrage ist eine Frage der inneren Sicherheit und der Stabilität des Reiches. Sie ist eine Frage der Verantwortung der Regierung gegenüber dem Volk.

## Die Wehrkreismandatsfrage.

Die Wehrkreismandatsfrage ist eine der wichtigsten Fragen der deutschen Politik. Sie betrifft die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Bekämpfung von Unruhen. Die Mandatsfrage ist eine Frage der inneren Sicherheit und der Stabilität des Reiches. Sie ist eine Frage der Verantwortung der Regierung gegenüber dem Volk.

## Die Wehrkreismandatsfrage.

Die Wehrkreismandatsfrage ist eine der wichtigsten Fragen der deutschen Politik. Sie betrifft die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Bekämpfung von Unruhen. Die Mandatsfrage ist eine Frage der inneren Sicherheit und der Stabilität des Reiches. Sie ist eine Frage der Verantwortung der Regierung gegenüber dem Volk.

## Die Wehrkreismandatsfrage.

Die Wehrkreismandatsfrage ist eine der wichtigsten Fragen der deutschen Politik. Sie betrifft die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Bekämpfung von Unruhen. Die Mandatsfrage ist eine Frage der inneren Sicherheit und der Stabilität des Reiches. Sie ist eine Frage der Verantwortung der Regierung gegenüber dem Volk.

## Die Wehrkreismandatsfrage.

Die Wehrkreismandatsfrage ist eine der wichtigsten Fragen der deutschen Politik. Sie betrifft die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Bekämpfung von Unruhen. Die Mandatsfrage ist eine Frage der inneren Sicherheit und der Stabilität des Reiches. Sie ist eine Frage der Verantwortung der Regierung gegenüber dem Volk.

## Die Wehrkreismandatsfrage.

Die Wehrkreismandatsfrage ist eine der wichtigsten Fragen der deutschen Politik. Sie betrifft die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Bekämpfung von Unruhen. Die Mandatsfrage ist eine Frage der inneren Sicherheit und der Stabilität des Reiches. Sie ist eine Frage der Verantwortung der Regierung gegenüber dem Volk.

## Die Wehrkreismandatsfrage.

Die Wehrkreismandatsfrage ist eine der wichtigsten Fragen der deutschen Politik. Sie betrifft die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Bekämpfung von Unruhen. Die Mandatsfrage ist eine Frage der inneren Sicherheit und der Stabilität des Reiches. Sie ist eine Frage der Verantwortung der Regierung gegenüber dem Volk.

## Die Wehrkreismandatsfrage.

Die Wehrkreismandatsfrage ist eine der wichtigsten Fragen der deutschen Politik. Sie betrifft die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Bekämpfung von Unruhen. Die Mandatsfrage ist eine Frage der inneren Sicherheit und der Stabilität des Reiches. Sie ist eine Frage der Verantwortung der Regierung gegenüber dem Volk.

## Die Wehrkreismandatsfrage.

Die Wehrkreismandatsfrage ist eine der wichtigsten Fragen der deutschen Politik. Sie betrifft die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Bekämpfung von Unruhen. Die Mandatsfrage ist eine Frage der inneren Sicherheit und der Stabilität des Reiches. Sie ist eine Frage der Verantwortung der Regierung gegenüber dem Volk.

## Die Wehrkreismandatsfrage.

Die Wehrkreismandatsfrage ist eine der wichtigsten Fragen der deutschen Politik. Sie betrifft die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Bekämpfung von Unruhen. Die Mandatsfrage ist eine Frage der inneren Sicherheit und der Stabilität des Reiches. Sie ist eine Frage der Verantwortung der Regierung gegenüber dem Volk.

## Die Wehrkreismandatsfrage.

Die Wehrkreismandatsfrage ist eine der wichtigsten Fragen der deutschen Politik. Sie betrifft die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Bekämpfung von Unruhen. Die Mandatsfrage ist eine Frage der inneren Sicherheit und der Stabilität des Reiches. Sie ist eine Frage der Verantwortung der Regierung gegenüber dem Volk.

## Die Wehrkreismandatsfrage.

Die Wehrkreismandatsfrage ist eine der wichtigsten Fragen der deutschen Politik. Sie betrifft die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Bekämpfung von Unruhen. Die Mandatsfrage ist eine Frage der inneren Sicherheit und der Stabilität des Reiches. Sie ist eine Frage der Verantwortung der Regierung gegenüber dem Volk.

## Die Wehrkreismandatsfrage.

Die Wehrkreismandatsfrage ist eine der wichtigsten Fragen der deutschen Politik. Sie betrifft die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Bekämpfung von Unruhen. Die Mandatsfrage ist eine Frage der inneren Sicherheit und der Stabilität des Reiches. Sie ist eine Frage der Verantwortung der Regierung gegenüber dem Volk.

## Die Wehrkreismandatsfrage.

Die Wehrkreismandatsfrage ist eine der wichtigsten Fragen der deutschen Politik. Sie betrifft die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Bekämpfung von Unruhen. Die Mandatsfrage ist eine Frage der inneren Sicherheit und der Stabilität des Reiches. Sie ist eine Frage der Verantwortung der Regierung gegenüber dem Volk.

Abendgespräch mit einer Mutter.

Gedanken können sehr in Erscheinung kommen. Sie sind die Quelle, unter der wir endlich wieder einmal als eine Person gesehen werden können. Sie sind die Quelle, unter der wir endlich wieder einmal als eine Person gesehen werden können.

Landkreis Calw Kreisarchiv Calw

des Riefendampfers „Vaterland“, jetzt Doriahan genannt, zu verkaufen. Die Flotte, die 10 500 000 Tonnen fast und 1500 Schiffe zählt, hat in den letzten Jahren ein jährliches Defizit von 100–150 Mill. Goldmark aufgewiesen. Das Schiffahrtsamt hat, ohne ein Preismindestmaß zu setzen, ein Verkaufsangebot bis 14. März. Als wahrscheinlicher Käufer wird Harriman bezeichnet.

### Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

**Neuenbürg, 1. März.** Zu dem Bericht über die Gemeindefestsetzung vom 2. Februar ist berichtigt zu bemerken, daß die Einkommensteuer für 1921 auch für weibliche Personen 3 Goldmark beträgt, nachdem die unterschiedliche Behandlung der männlichen und weiblichen Personen im Gesetz gefallen ist.

**Neuenbürg, 3. März.** Nach langen Wintertagen, von welchen der Sonntag plötzlich Regen brachte, der die Schneereste im Tal und auf der Sommerseite der Höhen hinwegschwemmte, lachte am gestrigen Sonntag überraschend mit wohlthuendem Glanze die Frühlingssonne vom Himmel. Eine günstige Vorbereitungen für die auf vormittags 11 Uhr vor dem Rathaus vorgesehene Dankesandacht zum Fals- und Reigentag. Eine zahlreiche Menschenmenge aus allen Ständen hatte sich nach Beendigung des Gottesdienstes dorthin eingefunden. Eingeleitet wurde die Veranstaltung durch zwei Musikstücke der Feuertrommel. Dann trugen die an diesem Tage vereinigten Gesangsvereine unter Leitung von Oberrektorlehrer Widmer den weihnachtlichen Chor „Das ist der Tag der Herr“ vor, der in dieser Zusammenkunft und Stärke von unbekannter Wirkung war. Nachdem die Musik das Lied „Freiheit, die ich meine“, gespielt hatte, hielt Hauptmann a. D. Leuchterberger vom Balkon des Rathauses eine von echt deutschem Geist und Liebe zum Vaterland durchglänzte Ansprache. Wir hätten uns hier versammelt zu einer weihnachtlichen Stunde des Gedankens deutscher Jugend, deutscher Treue, deutscher Übermut, deutscher Vaterlandsliebe und deutscher Größe im Leid. Er erwähnte den Schandvertrag von Versailles, der uns in 5 Nachkriegsjahren in Not, Trübsal und Sorge stürzte. Unser Herrgott im Himmel allein wisse es, wie viele Gebete aus heißer Seele und aus tiefstem Herzen zu ihm emporgestiegen sind, Sorgen jedes einzelnen. Und dennoch sei das, was wir hier erblickt haben, nichts gegen das, was unsere Brüder und Schwestern in den besetzten Gebieten, an Rhein, Ruhr, Saar und in der Pölz tagtäglich zu erdulden haben. Das und Gut haben dort stündlich auf dem Spiel, wenn man morgens aufsteht, wisse man nicht, ob man abends seine Lieben wiedererlebe, ob man nicht ausgewiesen ist, getrennt von Weib und Kind. Das seien Wäse, ganz andere als die unsrigen. Und trotzdem haben unsere Brüder und Schwestern drüben über dem Rhein die Treue bewahrt und zeigen uns täglich wieder ihre Treue zum angestammten deutschen Vaterland. Das sei ihnen nicht vergessen von uns. Treue um Treue! Sie haben dort im Kampfe um einen Feind, der es im Draangreifen und Beilagen bis zum äußersten treibt. In ergreifenden Worten schilderte der Redner die Leiden, welche den Bewohnern einmal durch die Truppen der besetzenden Mächte zugefügt werden und dann das verbrecherische Treiben der Separatisten, einer Bande zusammengekauften landfremden Gesindel und schwer verbrochener Verbrecher, welche die Franzosen auf die unglücklichen Bewohner bezogen. Scharf geistete er die Gewaltmaßnahmen des General de Metz und die Unmenslichkeiten eines Poincaré, der trotz unläugbarer Tatsachen verkündete, daß die Franzosen sich nicht in die inneren deutschen Angelegenheiten mischen, während feststehe, daß die Separatisten ihre Schandherrlichkeit nur errichten konnten unter französischem Schutz, Wänderung, Mord und Totschlag seien dort tägliche Vorkommnisse. Und trotzdem halten unsere Brüder und Schwestern dort dem deutschen Vaterland die Treue. Sie wollen deutsch bleiben, mancher hat diese Treue mit dem Tode besiegelt. Unsere Regierung sei bemüht, das tieftraurige Schicksal der Pölzer abzumildern, aber die Franzosen halten es in ihrer Arroganz für richtig, die deutschen Protestschreiben abzulehnen. Das können sie aber nur einem wehrlosen Staat gegenüber wagen. Sie werden streng und kategorisch ihr politisches Ziel verfolgen: Die Aneignung der Pölz, der Rheinlande und alles besetzten Gebietes rechts und links des Rheins. Daran wird sie kein Amerikaner und kein Engländer hindern. Darüber müssen wir uns klar sein. Sie werden vielleicht die Methoden ändern, aber ihr politisches Ziel lassen sie nicht fahren. Unsere Brüder und Schwestern drüben über dem Rhein seien sich darüber klar, daß ihnen noch schwere Kämpfe bevorstehen um ihr Deutschtum. Darüber lassen die Wehrungen eines General de Metz keinen Zweifel, der die Pölz französisch machen wolle und wenn kein Stein auf dem andern und kein Deutscher dort mehr am Leben bleibe. Wir, die wir in Ruhe und Sicherheit unser Tagewerk vollbringen können, die wir nicht erziehen müssen mühsam und mühsam, müssen uns vor Augen halten, daß wir unseren Brüdern und Schwestern drüben über dem Rhein tiefe Dankbarkeit schulden und wenn wir heute jeder nach seinem Können ein Scherflein beitragen zu Linderung der äußersten Not, so haben wir damit unsere Dankeschuld noch nicht gelöscht. Wir müssen an unsere Brust schlagen, in uns geben, denn wir haben uns selbst entschuldet und selbst entmannt. Ihr Mütter erzählt es Euren Kindern und Ihr Väter bedrückt es Euren Söhnen: Nur wenn wir wieder wehrhaft sind, wird keiner mehr es wagen, uns wie Sklaven zu machen. Treue um Treue! Mit unseren gemarterten Brüdern und Schwestern drüben über dem Rhein rufen wir zu Gott dem Allmächtigen: „Herr mach uns frei.“ Anschließend an die Ansprache erklang von den vorangegangenen Sängern das Lied „Weißt du deutsch du herrlich Land am Rhein“, und nach einem Musikstück hatte die patriotische Kundgebung ihr Ende erreicht. Die Tätigkeit der Sommerfrauen, welche sich in dankenswerter Weise zur Verfügung stellen, ergab die Summe von rund 300 Mark. Dank allen, welche zum Gelingen der Veranstaltung beitrugen.

**Neuenbürg, 3. März.** Das bad. Rotarid der bad. Landwirtschaftskammer, sowie dasjenige der bad. Handelskammern (A. B. Vörsheim, Karlsruhe, Mannheim, Freiburg i. B.) kann nur noch bis 8. 3. 21 angenommen werden. Das weitbekannte Geld der bad. Staatsschuldenerverwaltung dasjenige der Reichsbahn und des württ. Städtetags bleibt bis auf weiteres im Umlauf.

**Neuenbürg, 3. März.** Seit heute vormittag, ohne es ohne Unterlaß in dicken Kloden. Der Winter beharrt auf seine neue Macht, der gestrige schöne Sonntag war sonach nur eine schöne Ausnahme in dem langandauernden Winterregiment.

**1000 kranken Kinder im Bezirk!**  
„In das möglich?“ werden manche ungläublich fragen; mitten im Schnemwald, in dessen Höhenluft so viele Kranke Drilling finden! Und doch ergibt sich eine so starke Gefährdung unserer Schuljugend unumkehrbar aus der Befunde, die anlässlich der schulärztlichen Untersuchungen festgestellt wurden. Im folgenden sind die Befunde aus 18 verschiedenen Gemeinden berücksichtigt, die in den Grenzen des Jugendamtsbezirks Calw-Neuenbürg, teils im Tal, teils auf den Höhen liegen, teils hübschen, teils ländlichen Charakter aufweisen. In ihnen waren unter 1791 untersuchten Kindern 344, d. h. 19,2 Prozent, stark unterernährt; bei 188 Kindern, d. h. 10,5 Prozent, wurden irgendwelche Lungenerkrankungen festgestellt; bei 79

Kindern bestand harter Verdacht auf Tuberkulose. Unter Zugrundelegung des oben berechneten Prozentsatzes darf man sagen, daß im ganzen Bezirk Calw-Neuenbürg etwa 1800 stark unterernährt und rund 1000 an den Lungen gefährdete Kinder vorhanden sind.

Was tun? Eine Unterdrückung in Dörfern ist im Hinblick auf die Finanznot des Landes und der Gemeinden und auf die geringe Erholungsfähigkeit der unterhaltspflichtigen Eltern fast unmöglich. Man wird mehrere Wege zugleich beschreiten müssen. So wird z. B. von verschiedenen Seiten angeregt, die an manchen Orten bestehenden, bis jetzt häufig nicht ausgenutzten Möglichkeiten zur Einrichtung von Solobädern, Licht-, Luft- und Sonnenbädern u. a. auszunutzen und deren Wirkung durch gleichzeitige Zuweisung kräftiger Nahrung an die kranken Kinder zu erhöhen; hierzu können Lebensmittel aus Auslandsbüchsen vermittelt werden. Minderer Erfolg wird so zu erzielen sein. Vor allem aber muß auch heute wieder für die noch nicht kranken, jedoch der Stärkung bedürftigen Schüler die Gasteinrichtung unserer Landbesitzer, die sich im Vorjahr in erfreulicher Weise erwiesen hat, aufgerufen und zu planvollem Wirken zusammengeführt werden, wenn eine nennenswerte Anzahl schwächerer Kinder der nötigen Erholung soll zugeführt werden können.

Ran treffen aber nach einer Mitteilung des Ministeriums des Innern zahlreiche Kinder des besetzten Gebiets, die im vorigen Jahr in Württemberg aufgenommen waren, auch jetzt wieder hier ein, und zwar teilweise ohne jegliche Einladung und gegen den Willen der früheren Pflegsleiter. Auch finden norddeutsche Vereinigungen aus dem besetzten Gebiet zur Gewinnung württembergischer Pflegsstellen eigene Angestellte von Gemeinde zu Gemeinde und von Haus zu Haus. Das dringende Hilfswort, das zur Kräftigung der vielen in Württemberg selbst vorhandenen unterernährten, tuberkulösen und tuberkulosegefährdeten Kinder geplant und gegenwärtig schon im Wege des Austauschs württembergischer Kinder innerhalb des Landes in Angriff genommen ist, wird durch jene „wilden Kindertransporte“ gestört und gefährdet. Das Ministerium hat daher seinerseits das Nötige veranlaßt, um unerwünschte Erscheinungen zu unterbinden.

Auch die Bevölkerung unseres Bezirks wird dringend ermahnt, ihre Gasteinrichtung nicht wahllos, ohne Kenntnis der bestehenden Verhältnisse zu verdingen und ihre Bereitwilligkeit zur Aufnahme erholungsbedürftiger Kinder nicht irgendwelcher umherreisenden Angestellten freier Vereine oder auswärtiger Vermieter gegenüber zu erklären, sondern auch ihrerseits die Verwirklichung des oben angezeichneten Planes zu ermöglichen und die zur Verfügung stehenden Plätze entweder unmittelbar oder auf dem geordneten Weg über die örtlichen Stellen allein dem Jugendamt Calw zu melden. Das Jugendamt seinerseits wird seine ganze Aufmerksamkeit darauf richten, wie unsere beehrten Schwarmälter am besten zu Gunsten der Kinder aus unserem Bezirk verwendet werden können. Es wird in erster Linie den Austausch von Kindern zwischen einzelnen Bezirksorten und zwischen verschiedenen württembergischen Jugendamtsbezirken ins Auge gefaßt und wird norddeutsche Kinder nur dann in den Bezirk aufnehmen, wenn eine größere Anzahl von Pflegsleitern sich zu deren Aufnahme ausdrücklich bereit erklärt und wenn von den norddeutschen Stellen für uns annehmbare Gegenleistungen gewährt werden (z. B. einzelne Plätze an der Nord- und Ostsee für solche Kinder, deren Gesundheitszustand ihre Verbringung in die Seeregion unbedingt erfordert). Nur wenn alle von den Bezirksangehörigen zur Verfügung gestellten Freiplätze an einer Stelle zusammengefaßt und von dieser planvoll verwertet werden können, ist es möglich, auch für die erholungsbedürftigen Kinder unseres Bezirks im Austauschverkehr eine ausreichende Anzahl geeigneter Plätze zu erlangen. Das Jugendamt hält sich für verpflichtet, alles bei der heutigen Finanzlage Mögliche zur Besserung des außerordentlich schlechten Gesundheitszustandes der Schüler zu tun und bittet alle, denen diese Not zu Herzen geht, um tatkräftige Unterstützung seiner Bemühungen zur Hebung der jugendlichen Volkstift. Insbesondere bittet es die Herren Ortsvorsteher, Pfarrer, Lehrer usw., mit allem Nachdruck geeignete Pflegsstellen für solchen Austausch zu werben und die Namen der Pflegsleiter, sowie deren Wünsche hinsichtlich des Geschlechts und Alters der aufzunehmenden Kinder ihm möglichst bald mitzuteilen. Wenn alle mitteilen, muß auch in letzter Notzeit den wirklich erholungsbedürftigen Kindern ein Bandaufenthalt von längerer Dauer ermöglicht werden können.

### Württemberg.

**Stuttgart, 1. März.** (Erhöhung des Milchpreises.) Wie das Städt. Nachrichtenamt mitteilt, haben die Vertreter der Milchverbraucherstädte aus freiwilligem Entgegenkommen nach dem Vorgang der Stadt München d. 1. März den Preis für Milch frei Sammelstelle von 17 auf 18 Pf. für das Liter erhöht. Die übrigen Vergütungen bleiben unverändert. Eine Erhöhung des Kleinverkaufspreises tritt nicht ein. In Anbetracht der gegenüber den Vormonaten merklich erhöhten Milchlieferung, bei der sich die allgemeinen Aufkosten auf eine größere Literzahl verteilen, glaubt die Milchversorgung G. m. b. H. den Preisauflage auf sich nehmen zu können.

**Stuttgart, 1. März.** (Jahrlängige Tötung.) Der 56jährige Kraftwagenführer Karl Stahl von Ulmheim hat vergangenen Herbst die 16jährige Marie Weiß von Ulmheim angefahren. Das Mädchen war sofort tot. Stahl behauptete vor der Strafkammer, das Mädchen sei ihm plötzlich vor die Fahrbahn getreten. Das Gericht erkannte wegen Verjährung gegen die Fahrverpflichtung anstelle einer Gefängnisstrafe von 1 Woche auf eine Geldstrafe von 800 Mark. Stahl hat schon früher einmal einem Menschenleben unter den Rädern des von ihm gelenkten Kraftwagens ein Ende gemacht, doch traf ihn damals keine Schuld.

**Stuttgart, 2. März.** (Wirt. Vorkosten verbrannt.) Bei der Entzündung des Fern-Flugzeuges Nürnberg-Saalfeld-Preisig sind am 18. Februar acht Wagen mit wirtt. Vorkosten nach Weizig, Halle, Breslau, Hannover, Berlin verbrannt. Es handelt sich um Pakete, die in der Zeit vom 16. bis 17. Februar in Württemberg nach Sachsen, Schlesien, Hannover und Berlin ausgegeben worden sind.

**Ludwigsburg, 1. März.** (Den Verletzungen erlegen.) Der bei dem Kraftwagenunfall zwischen Kornweheim und Jülichhausen schwer verletzte Kaufmann Kröppel von Stuttgart, der eine schwere Gehirnerschütterung erlitten hatte, ist im hiesigen Bezirkskrankenhaus gestorben, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

**Trossingen, 2. März.** (Schiedsgericht in der Harmonika-Industrie.) Zur die Harmonika-Industrie wurde von dem Schiedsgerichtsausschuß Rotweil ein Schiedsgericht gebildet, der eine Verlängerung der Arbeitszeit bis zu 61 Stunden der Woche bei freiem Sonntag nachmittags vorseht. Gleichzeitig tritt eine Lohnerhöhung von 6 Prozent auf die tatsächlichen Lohn- und Akkordverdienste in Kraft.

**Schweningen, 1. März.** (Enttäuschte Brasilien-Auswanderer.) Von den im letzten Herbst nach Brasilien (St. Katharina) ausgewanderten Schweningern treffen jetzt allmählich die ersten Nachrichten ein. Aus den Briefen ist laut Volkstimme zu ersehen, daß die gedehnten Hoffnungen nicht erfüllt wurden. Ganz besonders schwer wird die dort, besonders auf dem Lande herrschenden, niedrige Kulturstufe empfunden. Statt Häuser

wie bei uns gibt es nur Hütten auf die primitivste Art, die man selbst bauen muß. Die hier im Feld draußen stehenden Gartenhäuschen seien die reinsten Schilfer gegen die von den Eingeborenen bewohnten Hütten. Bis man eine solche Wohnhütte errichtet hat, schläft man auf dem Boden. Straßen, Wasserleitungen, elektrisches Licht usw. gibt es nicht. Das Klima ist in den Tagesstunden sehr heiß, abends gleich nach 5 Uhr wird es sehr kühl. Der Boden ist, soweit man ihn urbar gemacht, sehr ertragreich; die Abgabemöglichkeit sehr gering, besonders, je weiter man von der Stadt entfernt ist. In der Hauptsache werden Mais, Bohnen und sonstige verschiedene Früchte geerntet. Die Viehzucht ist groß. Das Siedlungsland ist im Privatbesitz und muß von den Anwohnern gekauft werden. Diejenigen Auswanderer, die kein Geld haben, sind traurig dran, kein Mensch kümmert sich um sie und sie sind ihrem Schicksal selbst überlassen. Tief in dem Urwald kann man allerdings von der Regierung Siedlungsland unentgeltlich bekommen, eine Abgabemöglichkeit ist aber dort ausgeschlossen, weil die Entfernung von der Stadt viel zu weit ist. Das Bild ist im Urwald zahlreich vertreten. Die Arbeit ist sehr streng und hart, wenigstens solange, bis man das Land ertragsfähig gemacht, sich ein Haus gebaut und sich häuslich eingerichtet hat. Wer glaubt, die gebotenen Tauschen liegen einem in den Mund, oder man dürfe nur nach Brasilien kommen, um mit einer beschlagten Erbsenz anzufangen, der irrt sich gewaltig.

**Ulm, 1. März.** (Beschlagnahme.) Einem durchreisenden auswärtigen Händler wurden bei einer Kontrolle dreiviertel Zentner Butter beschlagnahmt, weil diese auf dem Wege des unerlaubten Handels und ohne die erforderlichen Papiere gekauft und befördert wurden. Ferner wurde von einem Manne eine größere Anzahl Eier beschlagnahmt wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen über den Eierhandel.

**Überach, 1. März.** (Ein Strafverbot.) Nach einer Bekanntmachung des Oberamts ist wegen des in der Überacher Oberamtszeitung erschienenen Artikels „Der Stempel von Überach“ bei der Staatsanwaltschaft Ravensburg Strafverbot wegen Beamteneubelung gestellt worden.

**Vuchau, 1. März.** (Ein Sozalgeld.) In einem diesigen Gasthaus verkehrte ein junger Mann aus der Umgebung 16 Rauchwürste bei einem kräftigen Bierdenaß. Beim Weggehen bemerkte der „Dungrige“, er gebe jetzt beim zum „Proletten“.

**Vogt Ul. Ravensburg, 1. März.** (Der Dolch aus der Theaterkassette.) In Ravensburg wurde das Theaterstück „Die schändlichen Brüder“ aufgeführt. Der mitspielende Landwirtsohn Käver Berlich sollte seinem Gegner, dem Ambrosius Spieß in Karlsruhe, den Todesstoß mit dem Dolch beibringen. Berlich blieb aber beim Herausziehen des Dolches die Spitze in der Tasche stecken und er stieß dem Spieß den blanken Dolch in die Brust, ohne es zu beachten. Spieß erlitt eine erhebliche Stichwunde nahe dem Herzen. Als Berlich das Missetat bemerkte, bekam er einen Nervenschock. Beide befinden sich wieder auf dem Wege der Besserung.

**Teitmann, 1. Febr.** (Ein Protest der Amtverammlung.) In der Amtverammlung teilte Oberamtmann Dörmel mit, daß die Aufteilung des Oberamts, obwohl es an der Grenze liegt und 45 Gemeinden mit 90 000 Einwohnern umfaßt, bevorstehe. Diese Mitteilung wirkte wie eine Bombe und führte zu einer Erörterung, in der es an kräftigen Worten nicht fehlte. Oberamtmann Dörmel wurde der Auftrag erteilt, im Namen der Amtverammlung zuständigen Orts vorstellig zu werden. Hier dürfte demnächst eine Protestversammlung stattfinden.

### Baden.

**Bruchsal, 29. Febr.** (Freilassung.) Wie verlautet, wird der frühere Rechtsamtsrat Hau, der i. R. unter der Anklage, seine Schwiegermutter Frau Politor in Baden-Baden erschossen zu haben, vom Karlsruhe'schen Schwurgericht zum Tode verurteilt und darauf von Großherzog Friedrich I. zu lebenslänglicher Zuchthaus begnadigt worden war, Mitte nächster Woche aus der hiesigen Strafanstalt erlassen werden.

**Vörsach, 29. Febr.** Die von verschiedenen Landwirten im Bienenland geforderten hohen Holzpreise haben der hiesigen Staatsanwaltschaft zum Erlaß einer Verwarnung Anlaß gegeben, in der es u. a. heißt: Bei den Holzverkäufungen werden die Preise ohne jeden erkennbaren Grund wahllos in die Höhe getrieben. Während nach eingeholtem Gutachten ein Preis von 13 Goldmark für einen Stroh-Rudenholz 2 Klasse als angemessen angesehen werden könne, werden die Preise bis zu 28 Goldmark und mehr hinaufgeboten. Die Staatsanwaltschaft wird in solchen Fällen unmaßstäblich wegen Preiswunders strafend einschreiten und das zu übermäßigen Preisen erzielte Holz beschlagnahmen.

**Konstanz, 1. März.** Wegen jahrelanger Tötung mußten sich der Landwirt Heinrich Vogt und seine Ehefrau von Ratelbdingen vor der Strafkammer verantworten. Sie hatten die 15-jährige taubstumme und blödsinnige Theresia Wögle in Pflege und hatten das bedauernswerte Geschöpf mit der Zeit derartig vernachlässigt, daß die Wögle starb. Die beiden Angeklagten hatten das Mädchen auch geschlagen und als es starb, fand man die Leiche im größten Schmutz. Tagelang umvor hatte die Wögle nichts mehr zu essen bekommen. Das Gericht verurteilte den Eheemann Vogt zu sechs Monaten und seine Frau zu drei Monaten Gefängnis.

### Vermischtes.

**Grubenunglück in Buer.** Ein Grubenunglück ereignete sich in der Nachtzeit auf der Höhe Graf Wischard in Buer, Schicht 3 und 5. Ein mit Eisenstücken beladener Korb wurde in den Schacht hinabgelassen. In dem Korb hatten aber auch 3 Bergleute Platz genommen, was dem Förderungsmechanismus nicht bekannt war. Der Ausschlag auf den Boden war nun so hart, daß die Leute schwere innere und äußere Verletzungen, sowie auch Knochenbrüche davontrugen. Sie mußten sofort ins Krankenhaus in Buer-Gele eingeliefert werden, wo bereits einer von ihnen gestorben ist. Das Befinden der anderen beiden ist besorgniserregend.

**Der falsche Devisenkommissar.** An der Dresdener Börse bildete kürzlich der Hauptgesprächstoff die Köpenickade eines Schwindlers, der angeheftet mit amtlichen Papieren des Berliner Devisenkommissars, Beamte des Dresdener Finanzamts rekrutiert hatte, mit diesen bei dem Dresdener Bankhaus Matzoldorf eine Devisenrevision vornahm und in deren Verlaufe auch einen Beamten verhaften ließ. Die desabsichtige Devisenbeschlagnahme mißlang aber und der Betrüger konnte mit einer geringen Beute von etwa 150 Goldmark entkommen.

**Das Monument der Toten.** Agentur Journier meldet aus Tokio, daß die Ueberreste und die Asche von 3 000 Opfern des Erdbebens in Tokio in einem Monument aus Eisenblech beigesetzt werden, das 100 Fuß hoch ist und eine Statue Buddhas darstellt. Dieses Monument wird auf dem Schauplatz der Katastrophe errichtet werden.

### Handel und Verkehr.

**Stuttgart, 1. März.** (Vom Wochenmarkt.) Kennzeichnend für den Wochenmarkt ist jetzt die starke Zufuhr von Eiern, namentlich aus Italien und Österreich, eine Tatsache, die von allen Hausfrauen begrüßt wird. Die Preise betragen 12–14 Pf. Reichlicher angeboten waren heute auch Kessel dergleichen Schälfrüchte in Hülle und Fülle, letztere bei sinkenden Preisen. Auch ausländischer Blumenkohl

gab im Preise etwas nach. 190–220 amerikanisches Schmalz. Die billigen Fische sind: Rottweil, 1. März. 133 Pferde. Bezahlt wurden für 650–800 Mark je Stück bis 300, trachtige bis 250 Mark. Fleisch verkauft. 24–25 alles verkauft. — 2. März. Bezahlt wurden für 100 Stück je 1 pro Monat 3/4—1 pro hohe Beträge. Der Markt andern. Eisenbahn vom 1. März. Erhöhen. Bei allem im Ausland und in fürstlich schweres lösbares Problem. Volk ist sich dessen Auslandswaren bringen, dafür nicht nicht behändig durch eigenen Ausfuhr in.

**Geldmarkt.** behändig zurück. heillos. Das im nicht erreicht. Der Ausprägung von französischen Banque des frontenturiers verhältniß. Der festigt. Die Stuttg. einen Tag 1/2 pro Monat 3/4—1 pro hohe Beträge. Der Markt andern. Eisenbahn vom 1. März. Erhöhen. Bei allem im Ausland und in fürstlich schweres lösbares Problem. Volk ist sich dessen Auslandswaren bringen, dafür nicht nicht behändig durch eigenen Ausfuhr in.

**Börse.** Die an der Börse lüth Schwäche ergibt sich für die und des Danke. Einem der in hamsteren Aktien geworden und drückte seines Angebot zu selbst a la baisse. ist ein immerhin bald die innen- und ungung zum besseren das größte Sorgen Rindgeldeher nicht schäftsbehörden sein der Rindgeldeher heute am meisten.

**Produkten.** trotz des meist vor für die Winterland gen die borige Woe Käufern und selbst besser geworden. Die Preise sind an der und 5/4 Mark und duffenderte notiert gen 138 (—), (Brot) und 127 (—). Warenmarkt. Die Reichste Stuttgart ohne 18. Februar noch rangigab einsehle. 125 979 bzw. 121 913.

**Warenmarkt.** Das fand seine gute Preise wieder lang liehenden Wahrung Schiebern und Gornel werden, obgleich dung des ganzen nicht anders, als die sich immer aus und so oder anderer ungung ist unbefried. Zahl der gestellten Textilmarkt macht In Leder ist keine und Pette sind scheinhandel ist schließend die Kaufkraft fehlt.

**Siehe markt.** eine gewisse Bekann den Märkten hat v den sich die Baden- ung den zu je weiter steigen. Die den in Weidmann mittlere mit 900–1

**Geldmarkt.** Bedarf an Holz ge weiter in die Höhe niederliegenden Ba Auch die Vangholz- liegenden Geschäfte

**Wünchen, 1. März.** erklärte Reichsjustiz rischen Volksparl. der Ernährungsfrage Möglichkeit einer h lichen. Allerdings Ueber und Mecher Gang der Generalde vollkommen unter de zu praktischen Arbeit auch nicht mehr del zwischen geändert h Entscheidungen stand wahren Willen des 91

premiäre Art, die  
darauf liegend  
gegen die von den  
eine solche Wohn-  
Streifen, Baj-  
nicht. Das Klima  
gleich nach 5 Uhr  
man ihn urbar ge-  
seht sehr gering, be-  
merkt ist. In der  
sonstige verschiedene  
Das Siedlungsland  
darauf gekauft wer-  
haben, sind traugig  
sie sind ihrem Schick-  
samt an allerdings  
stlich bekommen, eine  
en, weil die Entfer-  
nung ist im Urwald  
trug und hart, we-  
genig gemacht, sich  
hat. Wer glaubt,  
den Mund, oder man  
mit einer behaglichen

den durchfahrenden  
kontrolle drei Viertel  
auf dem Wege des  
verlichen Baviere ge-  
de von einem Manne  
egen Verstoß gegen

) Nach einer Bes-  
s in der Biberader  
er Standal von Bi-  
sburg Strafantrag

In einem hiesigen  
der Umgebung 16  
ah. Beim Weggehen  
zum „Protesten“  
r Dolch auf der The-  
struß. Die feindslichen  
landwirtschaftlichen  
als Spiel in Karree.  
Bericht blieb aber  
in der Tasche stecken  
in die Brust, ohne  
die Stichwunde nahe  
bemerkte, bekam er  
ieder auf dem Wege

Amtsverfehlung  
dann Hofmeister mit,  
es an der Grenze  
obnere umfaßt, be-  
Bombe und führte  
igen Worten nicht  
der Auftrag erteilt  
igen Orts vorstellig  
Protestversammlung

e verlaunt, wird der  
der Anlage, seine  
Waden erschossen zu  
Tode verurteilt und  
schlinglichem Justiz-  
er Woche aus der

den Landwirten im  
haben der hiesigen  
arnung Anlaß gege-  
steigerungen werden  
wahrscheinlich in die  
en Gutachten ein  
Buchholz 2. Klasse  
werden die Preise bis  
Die Staatsbankrott-  
wegen Preiswunders  
igen Preisen erlei-  
er Tötung mußten  
Befrau von Markt-  
Sie hatten die 16-  
ja Wajle in Hiesje  
mit der Welt derartig  
beiden Angeklagten  
es stark, fand man  
vor hatte die Bögge  
der verurteilte den  
e Frau zu drei Mo-

anglück ereignete sich  
of in Buer, Schodt  
Korb wurde in den  
a aber auch 3 Berg-  
schmählich nicht be-  
na nun so hart, daß  
schungen, sowie auch  
sfort ins Kranken-  
s bereits einer von  
deren beiden ist be-

er Dresdener Börsen-  
Kopienhöhe eines  
Papieren des Ber-  
dener Finanzamt  
ner Bankhaus Rot-  
in deren Verfall  
schäftliche Debiten-  
ge konnte mit einer  
kommen.

ournier meldet aus  
in 33 000 Metern des  
aus Eisenbeton bei-  
ne Statue Kubbsos  
Schauplatz der Ka-

FE.  
Krenzlehnend für  
in Eltern, namentlich  
von allen Hausfrauen  
sp. Reichlicher ange-  
schränkte in Hülle und  
ändlicher Blumenkohl

gab im Preise etwas nach, ebenso Fette, mit Ausnahme von Butter.  
Candibutter 1,90-2 Mark, Molchereis- und Tafelbutter 2,10-2,30 Mk.,  
amerikanisches Schweinefleisch 74-78 Pfg., Kokosfett 50-60 Pfg.  
Die billigen Fische finden immer mehr Beachtung.

**Kattwil, 1. März.** Dem Vieh- und Viehmarkt waren zuge-  
führt: 133 Pferde, 19 Fohlen, 83 Ochsen, 123 Kühe, 321 Rinder.  
Bezahlt wurden für fette Ochsen 900-1200 Mark, fog. Anzehlunge  
650-800 Mark je pro Paar, Kühe 400-600, fog. Wurthilfe 250  
bis 300, trächtige Kalbinnen 350-580, Fohlen 630-800, Rinder 80  
bis 250 Mark. Pferde wurden von 800 bis zu 3000 Mark pro  
Paar verkauft. - Dem Schweinemarkt waren 245 Milch- und 2  
Schlachtschweine zugeführt. Bezahlt wurden für Milchschweine pro  
Paar 40-60 Mark. Der Handel war ziemlich lebhaft.

**Schweinemärkte.** Balingen: Zufuhr 82 Milchschweine. Preis  
für ein Stück 24-32 Mark. Der Handel war flau, doch wurde  
alles verkauft. - Blaßfelden: Zufuhr 160 Milchschweine. Ver-  
kauft wurden 100 Stück zum Paarpreis von 32-54 Mk. - Crails-  
heim: Zufuhr 28 Käfer und 298 Milchschweine. Preis für 1 Paar  
Käferschweine 60-147 Mk., für 1 Paar Milchschweine 45-66 Mk.  
Der Handel war lebhaft. - Kattwil: Zufuhr 9 Käfer- und  
56 Milchschweine. Käufer kosteten 42-60, Milchschweine 25-35 Mk.,  
je das Stück. - Kottwil: Zufuhr 61 Milchschweine. Bezahlt  
wurde für das Paar 40-60 Mark. Der Handel war flau.

#### Wirtschaftliche Wochenübersicht.

**Geldmarkt.** Die deutschen Auslandsguthaben geben  
beständig zurück. Die Finanzlage des Reiches ist immer noch  
heillos. Das im Februar erwartete Steuereinkommen ist noch  
nicht erreicht. Der Aufschubbedarf nimmt beständig zu. Die  
Ausprägung von Silbermünzen ist wieder verstopft. Auch die  
französischen Abwehrmaßnahmen gegen eine weitere Senkung  
des Frankenkurses deuten andauernd auf unsere eigenen Geld-  
verhältnisse. Der Geldmarkt hat sich deshalb eher wieder be-  
festigt. Die Stuttgarter Börsen dieser Tage für Geld auf  
einen Tag 1,1 pro Wille, auf 14 Tage 1,5-1,7 und auf einen  
Monat 3,5-4 Prozent. Das sind immer noch unerträglich  
hohe Beträge. Der Konflikt in Berlin beunruhigt den Geld-  
markt andauernd. Auch die Berlinener Eisenbahn- und die  
Eisenbahn vom 1. März an ist geeignet, die Geldlage wieder zu  
erhöhen. Bei alledem aber hält sich der deutsche Markt  
im Ausland und mit ihm die Rentenmarkt tapfer. Es ist ein  
fürchterliches Problem, sie in ihrem Ansehen zu beunruhigen. Das  
Volk ist sich dessen noch nicht genug bewußt, sonst würde es die  
Auslandswärsen besser meiden und endlich den Charakter auf-  
bringen, dafür mitaufzuziehen, daß die deutsche Handelsbilanz  
nicht beständig durch eine überwiegende Einfuhr gegenüber der  
eigenen Ausfuhr weit unter dem Normalpunkt verbleibt.

**Börse.** Die ganze Berichtwoche über war die Stimmung  
an der Börse lustlos, wenn nicht gerade gedrückt. Diese  
Schwäche ergibt sich aus dem ungeheuren Kreditbedarf der In-  
dustrie und des Handels, zu dem sich noch die Landwirtschaft ge-  
sellt. Eines der in den letzten Inflationsjahren zusammenge-  
kauften Aktienpakete nach dem andern wird auf den Markt  
geworfen und drückt auf den Kursstand. Oft genügt schon ein  
kleines Angebot zu einer Abwärtsbewegung, ein größeres wirkt un-  
schätzbar auf die Börse. Daß die Kursrückgänge nicht größer sind,  
ist ein immerhin beachtliches Zeichen der Widerstandskraft, von  
der man nur nicht weiß, wie lange sie noch vorhält, wenn nicht  
bald die innen- und außenpolitischen Verhältnisse eine Ver-  
änderung zum Besseren erfahren. Die Kapitalverwertung bleibt  
das größte Sorgenkind. Es ist einfach unerträglich, daß für die  
Mündelgelder nicht besser gesorgt wird, obgleich die Vormund-  
schaftsbehörden feierlichst gezwungen wurden, für eine Anlage  
der Mündelgelder gerade in solchen Papieren zu sorgen, die  
heute am meisten vernachlässigt sind.

**Produktenmarkt.** Das anhaltend kalte Wetter läßt  
trotz des meist vorhandenen Schneehanges erste Befürchtungen  
für die Winterfaat aufkommen. Trotzdem haben die Preise ge-  
gen die vorige Woche nicht weiter angezogen. Es fehlt eben an  
Käufern und selbst der Weizenmarkt, der bei den Mühlen etwas  
besser geworden ist, leidet noch unter der Zurückhaltung so-  
wohl der Käufer wie der Verkäufer. Die Weis- und Stroh-  
preise sind an der Stuttgarter Landesproduktbörse mit 8,5  
und 5,4 Mark unverändert geblieben. An der Berliner Pro-  
duktenbörse notierten am 26. Februar Weizen 170 (-2), Rog-  
gen 139 (-2), Branntwein 181 (plus 11), Hafer 112 (unverän-  
dert) und Weiz 27, (-0,26) Mark.

**Warenmarkt.** Der Warenmarkt hat sich etwas befestigt.  
Die Reichsteuerrungsabteilung für eine fünfjährige Familie in  
Stuttgart ohne Befreiung stand am 25. Februar 106,967, am  
18. Februar noch 100,267. Die erweiterte Stuttgarter Teu-  
erungsabteilung einschließlich Befreiung lautete an demselben Tage  
125,979 bzw. 121,911. Die Unterschied war 1094,7 gegen 1004,4.  
Das sind keine guten Anzeichen. In der Tat sieben die meisten  
Preise wieder langsam an. Daran sind die augenblicklich be-  
stehenden Währungsverhältnisse schuld, die immer wieder von  
Spekulanten und Gaunern angegriffen und als unsicher bezeichnet  
werden, obgleich von ihrer dauernden Stabilität die Gründung  
des ganzen Währungsgebietes abhängt. Es geht nämlich  
nicht anders, als daß man diese Elemente der Verunsicherung  
die sich immer aus denselben Schichten rekrutieren, beraubt und  
so oder anders zum Schweigen bringt. Die Kohlenförder-  
ung ist unbefriedigend, übersteigt aber im Ruhrgebiet die  
Zahl der gestellten Wagen immer noch um 25 Prozent. Auf dem  
Textilmarkt macht die Preissteigerung langsame Fortschritte.  
In Leder ist keine Veränderung zu verzeichnen. Auch Leder  
und Felle sind ziemlich stabil und der Geschäftsgang in Detail-  
handel ist schleppend. Die Großfirmen lassen fleißig reifen, aber  
die Kaufkraft fehlt.

**Wiedermärkte.** In dieser Woche zeigten die Viehmärkte  
eine gewisse Befestigung. Der Vertrieb von Schlachtwild aus  
den Märkten hat wieder etwas nachgelassen. Infolgedessen ha-  
ben sich die Lodenpreise nicht geändert. An eine Ermäßigung  
denkbar zur Zeit niemand; man ist schon froh, wenn sie nicht  
weiter steigen. Die Pferdepreise sind sehr hoch. Reulich war-  
den in Heilbronn schwere Pferde mit 2000 Mark und darüber,  
mittlere mit 900-1200 Mark bezahlt.

**Solzmarkt.** Der lange Winter hat den Hausbrand-  
bedarf an Holz gewaltig vermehrt und die Preise für Brennholz  
weiter in die Höhe getrieben. Schnittholz ist wegen des dar-  
niederliegenden Baugeschäfts wenig begehrt und trotzdem teuer.  
Auch die Langholzpreise haben sich trotz des völlig darnieder-  
liegenden Geschäftes behauptet.

#### Neuere Nachrichten.

**München, 1. März.** Wie die „Augsburger Postzeitung“ meldet,  
erklärte Reichsjustizminister Casminger am dem Parteitag der Ba-  
rischen Volkspartei, in der Erklärung des Reichskanzlers zu Beginn  
der Generaldebatte sei die Auflösung der Reichsregierung über die  
Möglichkeit einer baldigen Auflösung des Reichstags klar um-  
schrieben. Allerdings hätten die inwischen in Sachsen, Thüringen,  
Sachsen und Mecklenburg stattgefundenen Wahlen, aber auch der  
Gang der Generaldebatte zweifellos ergeben: 1. der Reichstag werde  
vollkommen unter dem Volkswillen. Er sei daher auf längere Zeit  
zu praktischen Arbeiten überhaupt nicht mehr geeignet. 2. Er könne  
auch nicht mehr behaupten, daß er den Volkswillen, der sich in-  
zwischen geändert hat, richtig widerspiegeln. Alle seine bisherigen  
Entscheidungen ständen daher unter der Anfechtung, daß er den  
wahren Willen des Volkes nicht mehr wiedergebe.

**Wien, 1. März.** In einer Konferenz der Vertrauensleute der  
für das Braunkohlengebiet in Frage kommenden Verein Gewerks-  
chaften hat der Verband der Bergarbeiter, der Deutsche Metallarbei-  
terverband und der Verband der Heizer und Maschinenisten mit 73  
gegen 18 Stimmen die Weiterführung des Streikes im Braunkohlen-  
revier beschlossen.

**Wien, 1. März.** Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-  
verbandes haben den für die allgemeine Metallindustrie gefällten  
Schiedspruch einstimmig abgelehnt. Die Betriebsräte wurden ersucht,  
sich in Verhandlungen über die Frage der Arbeitszeit nicht einzulassen.  
**Dortmund, 1. März.** Wegen Wegmangels mußten auf  
folgenden Jochen Festschichten eingelegt werden: am 21., 22. und  
23. Februar „Münster Ahrbach“, am 23. „Köthlingen“, am 24.  
„Schlegel und Eisen“ und „General Blumenthal“, am 27. „Friedrich  
der Große“, „Münster Stein“, „Erim“, „Jollern“, „Fröhliche Morgen-  
sonne“, „Kaiserstuhl 1“, „Holland 1 und 2“, „Holland 3 und 4“  
und „Emscher Hütte“, am 28. „Kollmond“, am 29. „Rhein-Eber“,  
„Alma“, „Neu-Herold 1 und 2“, „Karelina“, „Harpen“, „Sieben  
Planeten“, „Berginspektion 4“.

**Berlin, 1. März.** Der Hauptausfluß des Reichsdeutschen Mittel-  
standes und der Gesamtverband des Reichsdeutschen Mittel-  
standes und Gewerbe haben laut „Vohalenziger“ die Parole aus-  
gegeben, für die nächsten Reichstagswahlen keine eigenen Kandidaten-  
listen für die Wirtschaftswahlen aufzustellen, sondern sofort mit den  
politischen Parteien Verhandlungen einzuleiten, damit von diesen die  
Interessen des gewerblichen Mittelstandes bei der Auswahl der Kan-  
didaten in ausreichender Weise berücksichtigt werden.

**Warschau, 2. März.** Die Regierung hat einen Gesetzentwurf  
eingebracht, der die Ermächtigung soll, die Staatsfonds der Dornier  
Forstrenten an Frankreich zu verpfänden als Sicherheit für die im  
Dezember vergangenen Jahres bewilligten 400 Millionen Francs  
Militärdarlehen.

**Paris, 2. März.** Reichsbankpräsident Dr. Schacht wird wahr-  
scheinlich morgen wieder vor den Sachverständigen erscheinen.

**Paris, 1. März.** Der „Temps“ stellt fest, daß der gemein-  
schaftliche Meinungsaustausch zwischen Poincaré und MacDonald aus  
zwei Briefen besteht, von denen das Schreiben des englischen Premier-  
ministers am vergangenen Sonntag in Paris eingeht und die  
Antwort Poincarés am Mittwoch in London überreicht worden sei.  
Der französische Botschafter in London, der am Donnerstag von  
Macdonald empfangen wurde, habe ihm gegenüber den Wunsch zum  
Ausdruck gebracht, daß der Briefwechsel veröffentlicht würde. Der  
englische Premierminister habe geantwortet, daß er dagegen nichts  
einzuwenden habe.

**Brüssel, 2. März.** Eine in Brüssel eingelaufene Depesche aus  
Wiesbaden meldet den Tod der Prinzessin Louise, der Tochter des  
Königs Leopold II.

**Newport, 1. März.** 50 führende Frauen des religiösen und  
philanthropischen Lebens der Vereinigten Staaten haben einen  
Frauen-Kirchenauschuß gegründet, der mit dem Auschuß General  
Allen für die Unterstützung der deutschen Kinder zusammenarbeiten soll.

**Tokio, 2. März.** Telegramme aus Wladivostok melden die  
Verhaftung von acht japanischen Dolmetschposten durch die Russen.  
Auf den japanischen Protest erwiderten die Russen, sie hätten das  
Recht, jeden verdächtigen Ausländer zu verhaften.

#### Evangel. Landeskirchenversammlung.

**Stuttgart, 2. März.** In der Landeskirchenversammlung  
vom letzten Samstag wurde der neugewählte Landeskirchen-  
präsident Dr. v. Wetz feierlich verpflichtet und sodann  
von dem Präsidenten von Döhring namens der Versamm-  
lung, von dem Präsidenten von Heller namens der bisherigen Landes-  
regierung und der Oberkirchenbehörde, sowie von zwei Vertre-  
tern der beiden auf der Versammlung vertretenen Gruppen mit  
berühmten Ausdrücken vollen Vertrauens begrüßt. Präsident  
von Wetz dankte in gerühmten Worten und bat um die Erhal-  
tung des Vertrauens, insbesondere bei der Frage des inneren  
Lebens bei der Kirche. Er reichte der Versammlung die Hand zu  
gemeinsamer Arbeit, gedachte der Kirchenmitglieder, betonte die  
freie Liebes- und Vereinigungstätigkeit und hob hervor, daß Grund  
positiver kirchlicher Arbeit werde es der Kirche unter den neuen  
Verhältnissen gelingen, eine feste Stellung in unserem Volks-  
leben einzunehmen und das Verhältnis zu anderen Religions-  
gesellschaften und Religionsparteien in einer sich an dem öffent-  
lichen Gewissen bezeugenden Weise zu klären. Der Präsident  
schloß unter Hinweis auf die Not der Zeit mit dem Ausdruck des  
Gottvertrauens. Das Lied „Eine feste Burg“ beschloß den feier-  
lichen Akt. Daraus wurde der Entwurf eines kirchlichen Ge-  
setzes zur Abänderung des Kirchenverfassungsgesetzes zu Ende  
beraten und angenommen.

#### Der Standal von Biberach.

**Stuttgart, 2. März.** Die Abg. Dr. Weismüller (SB.)  
und Genossen haben folgende Klage gestellt: In Bi-  
berach ist die zuerst genehmigte Abhaltung eines Vaterländi-  
schen Abends vom Oberamt wiederum zurückgenommen worden,  
weil kommunisistische Elemente mit gewalttätiger Erregung der  
Veranstaltung drohten. Ist das Staatsministerium mit der  
schwächlichen Stellung des Oberamtmanns einverstanden, und  
was bedeutet es zu tun, um einem solch unerhörten Terror ge-  
genüber vaterländischen Bestrebungen künftig wirksam entgegen-  
zutreten. Schriftliche Antwort genügt.

#### Kundgebung für die deutschen Rheinlande und die Pfalz.

**Mannheim, 2. März.** Im Rabelnengal der Mannheimer  
Kriegsgenossen hatten sich gestern abend gegen 5000 Per-  
sonen versammelt, um dem feierlichen Festakt des Mannheimer  
Festtages, der sich zu einer mächtigen Kundgebung für die  
Freiheit der deutschen Rheinlande und der Pfalz, gestaltete, beizuw-  
ohnen. Bald nach 8 Uhr erschien der Reichspräsident Oberst  
mit dem Reichswehrminister Dr. Wetzler, dem Reichsminister  
für die besetzten Gebiete, Dr. Döfke, dem Reichsminister für  
Dr. Damm, ferner dem bayerischen Staatspräsidenten Dr.  
von Arnim, dem badischen Staatspräsidenten Dr. Köhler und  
dem bayerischen Staatspräsidenten Albrecht. Unter dem Anwe-  
sen bewirkte man führende Staatsmänner und namhafte Ver-  
treter von Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft. Besonders zahl-  
reich hatten sich die hart bedrängten Pfälzer Volksgenossen ein-  
gefunden. Nach einleitenden Orgelvorträgen ergriff als Ver-  
treter der Ortsgruppe Mannheim des Verbandes der Südwest-  
deutschen Presse, Hauptschriftleiter Scheel, das Wort zu einer  
Ansprache, in der er die Bedingungen in den besetzten Gebieten  
und besonders die Bedrückung der Presse hervorhob und in der  
er, an die zahlreichen Pfälzer sich wendend, zum Schluß er-  
klärte, daß auch für sie wieder die Stunde kommen werde, wo sie  
wieder frei sein würden, wo die Grenzlinie, die jetzt mitten durch  
Mannheim gehe, ausgelöscht sein werde. Daraus hielt der ba-  
dische Staatspräsident Dr. Köhler eine Ansprache, die in dem  
Selbstnis ausklang, daß, ob Semmering, ob Wetterstein,  
Deutschland, Deutschland über alles“ der Leitern des deutschen  
Volkes sein werde. Reichspräsident Oberst erhub den aus der  
Pfalz und vom Rhein hierbergkommenden Volksgenossen  
namens des Deutschen Reiches, namens der Deutschen Republik und  
namens des geliebten deutschen Volkes herzlichen Gruß. Mit  
diesem Gruß verbinden wir den Ausdruck unserer Bewunderung  
und unseres Dankes für Ihr tapferes Ausdauern und Festhalten  
am deutschen Volkstum und am Deutschen Reich, das Sie frem-  
der Anedlung und Entrechtung entgegenzusetzen. Mit diesem  
Gruße und mit diesem Danke vereinigen wir aber auch das frei-  
erliche Geländnis des ganzen deutschen Volkes, die Treue, die  
Sie ihm gehalten, stets mit gleicher Treue zu vergelten. Die  
Küpen Deutschlands, ja - ich kann es mit Gewissung sagen -  
die Küpen der gesamten Kulturwelt, somit ihr Volksgewissen  
und Menschenrechte mehr sind als Wortgebilde, ruhen seit

Wochen auf den deutschen Landen am Rhein, insbesondere auf  
der Pfalz, die unter dem Druck fremder militärischer Besatzung  
zur Erreichung aller maßpolitischer Ziele einem bewaffneten  
und gedungenem Gesindel überlassen worden ist, von dessen Ge-  
meinschaft und Gesellschaft sich jeder anständige Pfälzer fern  
hält. Die Hoffnung, daß es gelingen werde, durch eine Dank-  
voll überbelemundeter, zum erheblichen Teile landfremder, ja  
ausländischer Elemente, die bis aufs Blut gequälte Bevölkerung  
zur Abgabe an Heimat und Reich, zur Lösung tausendjähriger  
Bünde der Geschichte und Kultur zu zwingen, ist an der bewun-  
derungswürdigen Widerstandskraft der Bevölkerung und an ihrem  
unerschütterlichen deutschen Fühlen und Denken gescheitert. Die  
Pfalz ist deutsch, ferndeutsch, und will es bleiben! Das schwere  
Schicksal und die harten Verhältnisse, die die Lande am Rhein seit  
der fremden Besetzung durchgemacht haben, haben diese Lande  
und die Herzen ihrer Bewohner nur noch fester und unlösbarer  
mit dem deutschen Vaterland verankert. Was wir in den letzten  
Wochen in der Pfalz erlebt haben, das hat ja der Welt gezeigt,  
daß deutsche Treue kein leeres Wort ist. Diese deutsche Treue  
wird, dessen sind wir alle sicher, auch weiterhin die Probe be-  
stehen und allen Gewalten zum Trotz und dem übelsten Wogen  
der Freiheit entgegenführen. Mit besonders herzlichem Mit-  
gefühl denken wir in dieser Stunde unserer Brüder und  
Schwestern, die fremder Gewalt und der Niedertracht entarteter  
Volksgenossen zum Opfer gefallen sind. Zahlreiche Deutsche sind  
zum Leben gekommen. Hunderte sind der Freiheit erkannt wor-  
den und noch jetzt im Kerker, und viele Tausende sind unter der  
Separatistenherrschaft aus der pfälzischen Heimat verjagt wor-  
den. Ich kann auch hier nur von neuem betonen, daß die  
Reichsregierung wie bisher auch ferner alles, was in ihren  
Kräften liegt, tun wird, um das Los dieser Opfer der Gewalt zu  
lockern, um den Gefangenen Freiheit und Heimat wiederzu-  
geben, um zu helfen, wo geholfen werden kann. Die deutsche  
Regierung wird alles tun, um der Welt den Beweis zu erbrin-  
gen, daß es sich nicht um eine Vollständigbewegung der Bevöl-  
kerung der Pfalz handelt, sondern um den Versuch, mit unklarer  
und zum größten Teil gefälschten Subjekten einen deutschen  
Volkstamm gegen seinen Willen in Gegenwart zu seiner Heimat  
und dem Volksganzen zu bringen. Ohne fremde Hilfe und be-  
waffnete Unterstützung gibt es keinen Separatismus und keine  
Separatisten. Hätte man den Rheinländern und den Pfälzern  
ihre Selbstbestimmungsrechte gelassen, dann wäre der ganze Se-  
paratistenputsch über Nacht verlogen. Diese Tatsache liegt so  
klar zutage und ist so zwingend, daß die öffentliche Meinung  
der Welt sich ihr nicht verstellen kann. Gibt es ein Weltge-  
wissen, dann müssen unsere Bemühungen um Erlangung men-  
schenwürdiger Verhältnisse in der Pfalz und der Wiederher-  
stellung der Rechte der pfälzischen Bevölkerung zum Erfolge  
führen. Soweit die deutsche Geschichte reicht, ist der Rhein un-  
kampf, obgleich kein Zweifel bestehen kann, daß das Stromge-  
biet des Rheines und seine Bevölkerung nach Geschichte und  
Völkern urdeutsch und nur deutsch sind. Hier am Rheine wur-  
zelt fest unser Nationalbewußtsein; solange das deutsche Volk  
lebt und atmet, wird es auchbarren im Kampfe um den deutschen  
Rhein! Wehe den, die diesen Kampf aber nur, wenn wir  
in Opfermut und Opferwillen in allen großen Fragen unserer  
Völkern in Gemeinschaft und Treue zusammenfinden. So soll der  
heutige Abend unseren Mitbürgern aus der Pfalz und vom  
Rhein die Gewissheit geben, daß, ungeachtet veränderten politi-  
scher Meinungen, das ganze deutsche Volk mit ihnen fühlt, zu  
ihnen steht und entschlossen ist, ihnen zu helfen, so, wie sie  
drüben alles Trennende zurücktreten lassen hinter dem großen  
Gedanken der deutschen Sache und der Freiheit. Möge dieser  
Wesit der Schicksalsgemeinschaft und des Zusammengehens bei-  
spiel und Mahnung für alle Deutschen und für alle Tage sein,  
möge er für unsere Zukunft das Zeichen sein, in dem Recht und  
Freiheit liegen! Dann sprechen der bayerischen Ministerpräsident  
Dr. von Arnim und der Minister für die besetzten Gebiete, Dr.  
Döfke. Letzterer betonte, daß er aus seiner amtlichen Tätigkeit  
die Gewaltbereitschaft der Franzosen zur Genüge kenne. Seit  
Monaten seien die Bemühungen der Reichsregierung, mit dem  
Besetzungsmächten einen modus vivendi zu finden, vergeblich ge-  
blieben. Die Antworten der Belgier und Franzosen seien  
nichtsagend und ausweichend gewesen. Die Veranstaltung, die  
im Zeichen der Schicksalsgemeinschaft zwischen dem besetzten  
und dem unbesetzten Gebiet stehe, solle den bedrängten Volks-  
genossen zeigen, daß das unbefestete Deutschland für sie einstehe,  
denn das Schlimmste, was passieren könne, das wäre, wenn  
das besetzte Gebiet auch nur einen Augenblick das Gefühl des  
Verlassenseins hätte. Der Minister schloß mit dem Wunsch,  
daß der Tag bald erscheinen möge, der den Volksgenossen im  
besetzten Gebiet Befreiung von Leiden und Bedrückung und  
Ordnung und Sicherheit bringe. Zum Schluß betonte Reichs-  
tagsabgeordneter Hoffmann-Lubowitsch den Charakter der  
Kundgebung als eines überwältigenden Zeichens der deutschen  
Einigkeit. Seine Rede kam in einem Hoch auf die Pfalz und  
auf Deutschland aus. Die Begeisterung, die sich bei jeder Rede  
in lebhaftesten Beifallausdrücken äußert hatte, fand ihren  
Niederschlag in dem gemeinsamen Gesang der Nationalhymne,  
namentlich der politischen Teil des Abends kein Ende erreichte. -  
Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der zur Feier nicht erschienen  
konnte, hatte zur Kundgebung ein Begrüßungstelegramm ge-  
sendet.

#### Dr. Heim und Ludendorff.

**München, 1. März.** Einem Mitarbeiter der „Münchener  
Neuesten Nachrichten“ erklärte Dr. Heim zu den von Ludendorff  
über ihn gemachten Versicherungen u. a., er habe seit 1930 alle  
Beziehungen zum Grafen Bothmer abgebrochen. Der Brief-  
wechsel des Innenministers Heim mit Bothmer habe in seinem  
gesamten Umfange den Gerichtsbehörden vorgelegen; er könne  
reflexlos veröffentlicht werden. Er, Heim, habe niemals mit je-  
mand über die Donamonarchie gesprochen. - Zum Fall Lu-  
dendorff erklärte Heim, als habe ihm seinerzeit mitgeteilt, daß  
Ludendorff nach Bayern kommen müsse, habe er unter der Vor-

## Drahtstifte

In allen Abmessungen liefern billigst aus Lagerverrat,  
**Kayher & Gantert, Pforzheim,**  
Eisen, Stahl, Metalle,  
Telefon 3825, Weiberstraße 35.

## Bersäumte Abonnements auf den „Enztäler“

Können bei allen Postanstalten, Agenturen, sowie bei der  
Geschäftsstelle des „Enztäler“ nachgeholt werden.  
Erfolgreiche Nummern werden, soweit vorrätig, nachgeliefert.

andehung zugestimmt, daß Rudendorff sich nicht in die innere bayerische Politik einmische, worauf Rahr erklärt habe, der General habe ihm eine entsprechende Zusicherung gegeben. Schließlich erwiderte Deim seine politischen Gegner, seinen Namen aus der Politik zu lassen, bis er wieder, sobald ihm dies sein Gesundheitszustand gestatte, an Hand des Materials Rede und Antwort stehen könne, um zu beweisen, daß die Dinge anders lägen, als es nach den aus dem Zusammenhang erhellen einzelnen Sätzen scheine.

**Attentat auf den albanischen Ministerpräsidenten.**

Wie die Mailänder „Stampa“ meldet, ist auf den albanischen Ministerpräsidenten ein neues Attentat verübt worden, als er den Sitzungssaal der konstituierenden Versammlung betrat. Es wurden sechs Schüsse auf ihn abgegeben, von denen zwei am rechten Arm und am linken Fuß trafen. Der Attentäter wurde nach erbittertem Widerstand von der Polizei festgenommen. Er

begründete den Anschlag damit, der Ministerpräsident verfolge eine verfassungsfeindliche Politik und wende sich gegen alle guten und patriotischen Kreise des Landes. Zudem sei er ein Freund Südlaviens, weshalb in ihm eine Gefahr für den albanischen Staat zu erblicken sei. Die Polizei glaubt einer ganzen Verschwörung gegen das albanische Kabinett auf der Spur zu sein. Die konstituierende Versammlung hielt eine Sitzung hinter verschlossenen Türen ab. Man ist gespannt auf die Entscheidung über die Staatsform und erwartet die Ausrufung der Republik mit einem Diktator an der Spitze. Die albanische Regierung ist zurückgetreten, um einem Koalitionsministerium Platz zu machen.

Madeira als Anlaufhafen der Südamerikadampfer des Norddeutschen Lloyd. In den Fahrplan der nach Südamerika fahrenden Dampfer des Norddeutschen Lloyd ist seit einiger

Zeit wieder Madeira als Anlaufhafen aufgenommen und damit insbesondere Erholung Suchenden wieder Gelegenheit gegeben, auf diesem paradiesisch schönen Eiland ihre Gesundheit zu kräftigen und sich an dem malerischen Fels der Insel zu erfreuen. Die Reisegelegenheit auf den neuem eingerichteten „erstaunlichen“ Sierra-Dampfern des Norddeutschen Lloyd ist außerordentlich günstig. Die Ausreise kann mit einem der von Bremerhaven nach dem Süden fahrenden Dampfer angetreten werden, während die Heimreise nach beliebig langem Aufenthalt auf der Insel mit einem von Südamerika zurückkehrenden Dampfer unternommen werden kann. Wie schon die neuem Unterbringung der Fahrgäste und die anerkannt gute Verpflegung auf den Lloyd-Dampfern für eine angenehme Reise bürgt, so wird sie durch die reizvolle Fahrt und den Besuch einer Reihe von schön gelegenen Hafenplätzen in Spanien und Portugal zu einem vollen Genuß.



# Damen- und Mädchen-Bekleidung.

Mäntel, Kostüme, Taillekleider, Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.

## C. Berner, Pforzheim, u. Blumenstr.

Ecke Metzger-

Oberamtstadt Neuenbürg.  
**Sitzung d. Gemeinderats**  
am Dienstag, den 4. März,  
abends 8 Uhr.  
Tagesordnung:  
1) Bauwesen.  
2) Bau- und Beitragsgeschäft des Schützenvereins.  
3) Sonstiges.  
Stadtschultheiß Knobel.

**Bezirks-Arbeitsamt**  
Neuenbürg.  
Rathaus Zimmer Nr. 8.  
Telefon Nr. 53.

**Wir suchen:**  
Einige tüchtige Feinmechaniker (nicht unter 25 Jahren).  
W. Forstamt Liebenzell.

**Nadelstammholz-**  
**Verkauf**

am Donnerstag, den 13. März 1924, mittags 12 Uhr im Liebenzell im „Hirsch“ aus dem ganzen Forstbezirk 1055 H., 976 La., 327 Jo., und 2 St. mit Fm.: Langholz: 131 L., 253 H., 249 III., 202 IV., 286 V., 52 VI. Kl. Sägholz 44 L., 73 H., 40 III. Klasse. Losverzeichnisse von der Forstdirektion G. S. Stuttgart.

Calmbach.  
Ein Paar



**Arbeits-Pferde**  
unter jeder Garantie verkauft  
Franz Barth,  
Edgewerk.



**Pfannkuch & Co.**  
Eingetroffen:  
Schwere große  
**Eier**

10 Stück  
**145**



**Langholz-**  
**Versteigerung.**  
Die Gemeinde Glödingen versteigert am 7. März ds. Jo. aus dem Gemeindewald:  
71 Eichen 2. bis 5. Kl., 10 Buchen 3. u. 4. Kl., 40 Forl. 1. bis 3. Kl., 1 Eib. 4. Kl., 1 Lärche 3. Kl.  
Zusammenkunft vormittags 9 Uhr beim Rathaus.  
Der Gemeinderat.



**Freiwillige Feuerwehr**  
Neuenbürg.  
Unsere diesjährige  
**General-Versammlung**  
findet am Sonntag, den 9. März, mittags 8 Uhr, im „Bären“ statt.  
Tages-Ordnung:  
1) Jahresbericht, 2) Kassenbericht, 3) Neuwahlen, 4) Anträge, 5) Verschiedenes.  
Etwaige Anträge sind bis spätestens Donnerstagabend bei Herrn Kommandant Feenbach einzureichen. Im Hinblick auf die wichtige Tagesordnung bitten wir die Kameraden um recht zahlreichen Besuch der Versammlung und um pünktiges Erscheinen.

Der Verwaltungsrat.

**Grammophone**  
Federwerk u. elektr. Antrieb  
in allen bekannten Marken  
äußerst preiswert.  
**Schallplatten**  
Gesänge — Orchester  
Schlager — Tänze  
in grösster Auswahl. — Vorführung bereitwilligst.  
Kataloge gerne zu Diensten.

**Schmid & Budwaldt**  
Pforzheim  
Westliche 23. :: 1 Treppe.  
(Gegüber dem Viktoria-Theater.)

**Lungenkranke**  
versuchen eine Hamakur. Auskunft erteilt H. Maler, Homöopath und Naturheilkundiger, Rennfeldstrasse 21, Pforzheim, Fernruf 2218.

**Sprengstoffe**  
für Stockholzrodungen, Steinbrüche, Lehmgruben und Bergbau wie überhaupt für alle Sprengarbeiten in bekannt bester Qualität liefert sofort ab Lager  
**Friedrich Kübler, Stuttgart-Unterlärheim,**  
Fernsprecher S. N. 30377.

**Schwann.**  
Empfehle fürs kommende Frühjahr alle Sorten  
**Feld- u. Gartensämereien**  
in bekannt guter Ware mit hoher Keimfähigkeit, ferner  
**Steckzwiebeln und Saatbohnen.**  
Oben genannte Artikel können auch in den Niederlagen bei Herrn Albert Bender in Neuenbürg und Herrn Ernst Pfommer, Röhlermeister und Handlung in Herrnsalb bezogen werden. Postbestellungen von 10 Mark an werden franko geliefert.  
**Karl Gentner,**  
Handelsgärtnerei, Vorkulturschulen u. Samenhandlung,  
Telefon Nr. 12.

**Große schöne**  
**Trikot-Reste**  
natur zu Hemden, Hosen usw.,  
marine zu Reformhosen, Kindersachen,  
1 Ko. A. 7.50, versendet  
**E. Hausch, Balingheim,**  
meh. Trikotweberei.

Von einer der größten, leistungs-fähigsten Margarine- und Kakaofabrikanten wird für Herrnsalb und grösstere Umgebung ein

**tüchtiger Vertreter**  
gesucht.  
Nur arbeitsfreudige, für diese Sache geeignete Leute wollen sich melden. Herren, welche in Herrnsalb bekannt sind und über kleinen Lagerplatz verfügen, werden bevorzugt. Offerten unter Nr. 343 an die „Enztäler“-Geschäftsstelle erbeten.

**Pforzheimer**  
**Gold-Ankauffstelle**  
kauft Gold, Silber, Platin in Barren und fein, sowie alte Schmuckstücke zum Einschmelzen, Rollen und Brillanten, ferner Gold- und Silbermünzen, in- und ausländische.  
**Edelmetall-Handlung**  
**A. Metsch,**  
Pforzheim, Waisenhausplatz 4, Tel. 3488.

**Raufmanns-**  
**Lehrling**  
wird in Holzgeschäft nach Ostern aufgenommen. Ausführliche Bewerbungs-schreiben m. Schulzeugnis usw. erbeten unter Nr. 29 an die „Enztäler“-Geschäftsstelle.

Wir empfehlen  
ab unserem Lager  
Neuenbürg in der  
„Sonne“ folgende  
**Futtermittel**  
**Gerste,**  
**Mais,**  
ganz und gemahlen,  
vorzügliches  
**Futtermehl 5,**  
**Nachmehl.**

**Reichert & Schmidt.**  
Vertreten durch  
**Eugen Mahler,**  
Neuenbürg.

Arnbach.  
Eine gute  
**Fahr-**  
**Ruh,**  
neumelkend, steht dem Verkauf  
aus

**Christian Hermann.**  
Ottenhäuser.  
Eine gute  
**Ruh- und**  
**Fahrhuh,**

mit dem 4. Kalb, hat zu verkaufen  
**Roth, Witwe.**  
Bisingweiler.  
Ein starkes  
**Läufer-**  
**Schwein**  
(zirka 90 Pfund), auch zur  
Zucht geeignet, verkauft  
**Berwed.**

**Rasierklingen**  
**gratis**  
sende ich, um eine neue für Selbstrasierer höchst wichtige Sache schnell bekannt zu machen, an jeden, der mir seine Adresse mitteilt.  
Spezialhaus  
**Hans Jarke,**  
Stettin 754.

**Darlehen**  
bis zur Höhe von 1000 Gold-  
mark vermittelt prompt und  
loyal  
**Eugen Mahler,**  
Neuenbürg.

**Bezugspreis**  
Halbmonatlich 1,20  
80 Wochenlange, 10  
Post im Ort- u. Ob-  
verkehr, sowie im  
Inland. Bestell-  
preis 10 Pfennige  
Preis 10 Pfennige  
Naherhebung vor-  
Preis einer Nummer  
10 Pfennige.  
In Fällen von Ab-  
wahl besteht kein  
auf Lieferung der  
aber auf Rückzahlung  
Bezugspreis

Bestellungen nach  
Nachbestellen, in  
ausserdem die  
jederzeit entgeg-

Stuttgart Nr. 24  
H. Sportler-Ver-

Nr. 54

**Offenburg, 1.**  
führung eines ma-  
lichen Halle, um die  
ten Büro zu ver-  
von den Franzosen  
werden. Ferner be-  
gestattet, die Röh-  
hört, soll es sich  
den Franzosen zu-  
gung gestellt werde  
Som Waden-  
hüten von der Rei-  
daß die sämtlichen  
Reichs-oberverwal-  
bahn übergeben.  
einheitliche Regeln  
plätze und die Hä-  
erfahren, da wegen  
verbessert wurde.  
einheitlich die Ma-  
meisterien. Die  
jeden Güterbestän-  
men. Eine Beam-  
des Ober-, Ueber-  
bernahme bereiten  
Jena, 2. März  
geplanten Deutsch-  
nach Jena Kräfte  
vielfach im Kaufe.  
Demonstrationen  
über 100 Personen  
berstandes gegen die  
kommunistische Pa-  
stamm ist program-  
all die Ruhe wieder

**Stuttgart, 1.**  
scheidung wurden  
amnestierenden Abge-  
strichen-Ausschusses  
weiteren Stellvertre-  
sammlung die Ab-  
Stimmen, zum er-  
das dritte Mitglied  
74 und Mayer-  
glied an Stelle des  
Abg. Mayer 1 mit  
Ausschusses werden  
76 Stimmen, endl-  
ständigen Ausschus-  
berger 1 mit 75, 2

Die  
Staatsrat Dr.  
Kreisregierungen  
hin, daß sie sich  
Jahren räumen  
angesichts der Tat-  
mal ihre Aufhebung  
regierungen wurde  
mehr ausgebildet,  
Förderung von La-  
Kreisregierungen  
mittelbar fruchtbar  
konnte, entzogen.  
Zuständigkeiten  
Es war nun  
regierungen ge-  
Zuständigkeiten  
verschiedenen Mög-  
weit führen. Jetzt  
in die Zuständigke-  
werden, nämlich  
sann, daß die Trö-  
sich nicht über die  
gehören z. B. die  
teit, des Polizeiwes-  
vollzie, des Verei-  
Zwangseinteilung  
Gegensätzen solle  
vorbehalten bleibe  
Beschlusses ein-  
die Frage in Vert-  
Bezirksräte ver-  
Verwaltungskörpe-  
an Stelle der bis-  
künftig die Ober-  
werden. Gegen  
mittelweg an den  
würden nun die  
reichenden Bedeu-  
diesem selbst zuzul-  
schaffen würde.  
insbesondere fallen  
gegenüber großen  
verhelfen und  
und Pensionänge  
werbordnung, W-  
nisse und Strafver-  
In diesem Be-